

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 2012

Abgeschlossen am 30. September 2011 • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Mit dem Urteil des Deutschen Bundesverfassungsgerichtshofes über den ESM kann dieses Finanzierungsinstrument der Euro-Länder für den EU-Rettungsschirm in Kraft treten. Die Europäische Zentralbank wird die Länder über das Anleihekaufprogramm OMT unterstützen. Das Memorandum über das Bankenrettungspaket für Spanien legt Auflagen fest, die nicht nur den Bankensektor betreffen, sondern auch die Staatsfinanzen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Neben der Bankenkrise belastet die Verschuldung einzelner Regionen des Landes die Situation in Spanien.

1. Juli: Jim Jong Kim (USA) wird neuer Präsident der Weltbank und folgt in dieser Funktion Robert Zoellick nach.

2. Juli: NOMURA, Japans größte Investmentbank, hat über Jahre systematischen Insiderhandel betrieben, indem an Großkunden interne Informationen über die Ausgabe von Aktien weitergegeben wurden. Dies bestätigt ein Bericht von Rechtsexperten.

5. Juli: Über 170 deutschsprachige Ökonomen und Ökonomen machen in einem offenen Brief auf die Gefahr für die Wirtschaft aufmerksam, die sich aus einer Bankenunion und damit einer kollektiven Haftung für die Schulden der Banken des Eurosystems ergeben würde.

6. Juli: Nachdem das ungarische Parlament das umstrittene Notenbankgesetz angenommen hat, können die Verhandlungen mit EU und IWF über den dringend notwendigen finanziellen Beistand wieder aufgenommen werden¹⁾.

8. Juli: Afghanistan wird in den kommenden fünf Jahren 16 Mrd. \$ an finanzieller Unterstützung erhalten. Auf einer internationalen Konferenz sagen die USA jährlich 2 Mrd. \$, Japan bis 2016 in Summe 3 Mrd. \$ und Deutschland ½ Mrd. \$ zu. Ziel der Wirtschaftshilfe ist, eine Rückkehr des Taliban-Regimes und ein Wiederaufflammen des Bürgerkrieges in Afghanistan abzuwenden.

10. Juli: Auf Vorschlag der Europäischen Kommission gibt der Rat der Finanzminister der EU-Länder (EcoFin) Spanien mehr Zeit für die Senkung des Haushaltsdefizits. Da sich die Wirtschaft viel schlechter entwickelt als erwartet, muss der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte nicht 2012, sondern erst 2014 auf -3% des BIP gesenkt werden. Die Länder des Euro-Raumes einigen sich auch auf Grundsätze und Auflagen, unter denen der spanische Banken-Restrukturierungsfonds 100 Mrd. € aus dem EFSF- bzw. ESM-Krisenfonds zur Rekapitalisierung der Banken erhalten kann.

Der Beitritt Russlands zur WTO wird von der Staatsduma angenommen. Nach Ablauf von 30 Tagen wird Russland als 156. Land in der WTO aufgenommen.

Ausland

Weltbank: Präsident

Japan: NOMURA

Schuldenkrise: Offener Brief

Ungarn: Notenbankgesetz

Afghanistan: finanzielle Unterstützung

Spanien: Haushaltsdefizit

Russland: WTO-Beitritt

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2011", WIFO-Monatsberichte, 2012, 85(1), S. 33, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/43374>.

IWF: Osteuropagruppe

11. Juli: Österreich, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Kosovo, Weißrussland und die Türkei unterzeichnen ein Abkommen zur Bildung einer "Osteuropagruppe" im Internationalen Währungsfonds. Ab November 2012 wird diese Gruppe mit einem Sitz im Exekutivdirektorium des IWF vertreten sein. Österreich wird die Funktion des Exekutivdirektors und den Sitz im Währungs- und Finanzausschuss als erster Vertreter bis 2014 innehaben. Danach werden die Funktionen von den Ländern Mittel- und Osteuropas in einem Rotationsverfahren übernommen.

PSA Peugeot Citroën

12. Juli: Der französische Autokonzern PSA Peugeot Citroën gibt die Einsparung von 8.000 Arbeitsplätzen und die Schließung eines Autowerkes in Aulnay bei Paris im Jahr 2014 bekannt.

Schuldenkrise: Gegenaufruf

Über 200 Ökonominen und Ökonomen unterzeichnen einen Gegenaufruf gegen den offenen Brief vom 5. Juli (siehe oben) und plädieren für eine stärkere Integration des europäischen Finanzsystems und eine Entkoppelung von Staatsfinanzen und Kreditversorgung, die sie für eine stabilere Architektur der Währungsunion und für die Durchbrechung des Teufelskreises zwischen nationalen Schulden- und Bankenkrise für unverzichtbar halten.

Moody's: Italien

17. Juli: Die Ratingagentur Moody's stuft 13 italienische Banken ab, nachdem einige Tage zuvor italienische Staatsanleihen von A3 auf Baa2 herabgestuft wurden.

Spanien: EFSF

20. Juli: In einer Telefonkonferenz stimmen die Finanzminister der Euro-Länder für das Rettungspaket an spanische Banken. Der Euro-Rettungsschirm EFSF (und später der ESM) stellt bis zu 100 Mrd. € für die Restrukturierung des spanischen Bankensektors an den im Namen der Regierung handelnden Banken-Restrukturierungsfonds (Frob) bereit. Der EFSF beginnt die Auszahlung erst, wenn Restrukturierungs- und Abwicklungspläne der bedürftigen Banken vorliegen. Das Memorandum hält weitere Auflagen über Regulierung und Beaufsichtigung des Bankensektors sowie die Erwartung der Erfüllung des laufenden EU-Defizitverfahrens fest.

Standard & Poor's: Italien

3. August: Die Ratingagentur Standard & Poor's setzt das Rating für 15 italienische Banken herab.

Argentinien: WTO

21. August: Nach der EU bringen auch die USA und Japan bei der WTO eine Beschwerde gegen Einfuhrbestimmungen für ausländische Güter ein. Im Frühjahr hatte Argentinien die EU vor der WTO wegen Einfuhrbestimmungen für Biodiesel-Produkte geklagt.

Moody's: staatliche Anleihen

24. Juli: Aufgrund der Schuldenkrise setzt Moody's die Beurteilung für staatliche Anleihen aus Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg bei unverändertem Rating auf "Negativ".

China: seltene Erden

23. August: China erhöht die Ausfuhrbergrenze für seltene Erden für 2012 um 2,7% auf 3.100 t. 90% der Weltproduktion dieser Rohstoffe entfallen auf China²⁾.

APEC

10. September: Die 21 Mitgliedsländer der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) bekunden anlässlich eines Gipfeltreffens die Absicht, die Wechselkurse ihrer Währungen weiter zu lockern und keine weitere Handelsbeschränkungen – insbesondere auf Lebensmittel – einzuführen.

Katalonien: Finanzhilfe

29. August: Katalonien, die wirtschaftlich bedeutendste Region Spaniens, benötigt 5 Mrd. € an Finanzhilfe aus dem Hilfsfonds der Zentralregierung für die Regionen. Auch Valencia und Murcia haben bereits Hilfsbedarf angemeldet.

EZB: Outright Monetary Transactions

6. September: Um der Schuldenkrise im Euro-Raum entgegenzuwirken, gibt die Europäische Zentralbank ein weiteres Anleihekaufprogramm "Outright Monetary Transactions" (OMT) bekannt: Anleihen mit einer Restlaufzeit von 1 bis 3 Jahren können in unbegrenztem Umfang von Ländern gekauft werden, die die Rettungsschirmprogramme der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Anspruch nehmen. Die EZB sichert eine vollständige Sterilisation der Liquidität zu.

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2011", WIFO-Monatsberichte, 2011, 84(10), S. 635, <http://www.wifo.ac.at/wifo/pubid/42732>.

7. September: Aufgrund eines Tarifstreites legt das Flugbegleitungspersonal der deutschen Fluglinie Lufthansa die Arbeit nieder. 1.200 Flüge werden gestrichen.

Lufthansa: Streik

12. September: Das Deutsche Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe weist Klagen von Gegnern des permanenten Rettungsschirmes ESM und des Fiskalpaktes ab. Dadurch sind die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Verhinderung der Ratifikation des ESM-Vertrages und des Fiskalpaktes überwiegend erfolglos, und der ESM kann wie geplant in Kraft treten.

Deutsches Bundesverfassungsgericht

13. September: Der Chefökonom der United Nations Conference on Trade and Development UNCTAD fordert die Industriestaaten auf, neue Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zu verabschieden und auf weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu verzichten. Nach Einschätzungen der UNCTAD wird die Weltwirtschaft 2012 um 2,3% wachsen.

UNCTAD

14. September: Der Präsident der Notenbank der USA, Ben Bernanke, gibt ein weiteres Programm zum Ankauf von Anleihen bekannt. Die unbefristete Maßnahme sieht vor, monatlich verbrieft Hypotheken (Mortgage Backed Securities – MBS) von Fannie Mae und Freddie Mac im Ausmaß von 40 Mrd. \$ zu kaufen und so die langfristigen Zinssätze und die Hypothekenzinssätze zu senken. Die neuerliche Lockerung der Geldpolitik soll die Erholung auf dem Arbeitsmarkt beschleunigen.

USA: Notenbank

Japans Regierung plant den Ausstieg aus der Nutzung von Atomenergie bis 2040. Seit dem schweren Erdbeben und dem darauffolgenden Tsunami im Frühjahr 2011 wurden zahlreiche Reaktoren abgeschaltet. Derzeit sind nur 2 der 54 Reaktoren in Japan in Betrieb.

Japan: Atomenergie

28. September: Nachdem Ende Juli die systematische Manipulation der Referenzzinssätze LIBOR³⁾ bekannt wurde, legt der britische Regierungsbeauftragte Wheatley seinen Bericht zur Reformierung der Festsetzung der LIBOR-Zinssätze vor. Demnach soll ein privater Lieferant von Finanzinformationen wie Bloomberg oder Thomson Reuters die Erstellung der Zinssätze organisieren, während dieser Prozess von der britischen Finanzmarktaufsicht Financial Services Authority (FSA) kontrolliert und bei Verfehlungen auch strafrechtlich verfolgt werden soll. Die Zahl der geschätzten Zinssätze (derzeit 10 Währungen und 15 Laufzeiten) soll auf Dollar, Euro, Britisches Pfund, Yen und Schweizer Franken verringert werden.

LIBOR

Mit der Zustimmung des Nationalrates in der erforderlichen Verfassungsmehrheit kann nun auch von österreichischer Seite der Europäische Stabilitätsmechanismus in Kraft treten. Der Stabilitätspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird vom Nationalrat beschlossen. Er tritt rückwirkend in Kraft und regelt die Verantwortung für die Finanzen des gesamten Staates.

Österreich

4. Juli: Mit der erforderlichen Verfassungsmehrheit (Regierungsmehrheit und Die Grünen) stimmt der Nationalrat für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Österreichs Haftungsanteil am Euro-Schutzschirm ist mit 19,48 Mrd. € festgesetzt, davon sind 2,23 Mrd. € einzuzahlen.

ESM

6. Juli: Das Steuerabkommen mit der Schweiz wird im Nationalrat beschlossen⁴⁾.

Steuerabkommen Schweiz

Der Nationalrat beschließt die Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden über einen Österreichischen Stabilitätspakt 2012 – ÖStP 2012⁵⁾.

Stabilitätspakt 2012

³⁾ Die LIBOR-Sätze (London Interbank Offered Rate) sind Referenzzinssätze für 10 Währungen und 15 Laufzeiten. Sie ergeben sich als Durchschnitt der von ausgewählten Banken gemeldeten Werte und entsprechen dem Zinssatz, den diese Banken für ungesicherte gegenseitige Kredite auf dem Londoner Geldmarkt zahlen müssten. Sie werden seit 1986 vom Britischen Bankenverband erhoben.

⁴⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2012", WIFO-Monatsberichte, 2012, 85(7), S. 556, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/44741>.

⁵⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2012", WIFO-Monatsberichte, 2012, 85(7), S. 556, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/44741>.